

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 27
Dez. 15/Jan. 16

Soziale Gerechtigkeit am Start

Marburger Linke zieht mit neuem Programm in den Kommunalwahlkampf



Foto: Adolf Braun

▲ Kandidat/innen: Michael Horstmann, Renate Bastian, Roland Böhm, Lise Kula, Jan Schalauske, Inge Sturm, Sebastian Chwala, Steffi Wittich, Tanja Bauder-Wöhr, Jonathan Schwarz und Henning Köster (vlnr.)

Mitte November traf sich die Marburger Linke, um sich für die Kommunalwahlen am 6. März fit zu machen. Dazu gehört ein Programm für die kommenden Jahre, dazu gehören auch Menschen, die im Stadtparlament für diese Ziele eintreten.

Ein magisches Viereck liegt dem Wahlprogramm zugrunde: Soziales, Wohnen, Mobilität, Bildung.

Im Bereich der Sozialpolitik geht es zum Beispiel um Mindestlohn, darum, dass auch bei den stadtnahen Unternehmen Löhne und Gehälter bezahlt werden, die nicht die Kinder- und Altersarmut programmieren. Sozialtarife bei der Energieversorgung müssen her; bis hin zum Stadtpass, dessen Leistungen ausgeweitet werden sollen. Erster Grundsatz: Ohne soziale Sicherheit lässt sich kein selbstbestimmtes Leben aufbauen.

Weiterer Schwerpunkt ist die Wohnungspolitik. Das Recht auf ein bezahlbares Dach über dem Kopf steht für die Marburger Linke im Vordergrund. Marburg braucht Sozialen Wohnungsbau auch in zentraler Lage und bei privaten Bauvorhaben eine soziale Quote von 30 Prozent.

Zweiter Grundsatz: Nur wer sicher wohnt, kann sein Leben planen.

Zu diesen beiden Grundpfeilern gehört Mobilität. Der öffentliche Nahverkehr muß – auch des Klimas wegen – ausgebaut und für den kleinen Geldbeutel bezahlbar sein. Würde die Marburger Linke einen Nulltarif durchsetzen, wäre das geritzt. Dritter Grundsatz: Mit einem sozialen öffentlichen Nahverkehr haben alle Bewegungsspielraum.

Nicht fehlen darf die Bildung. Die fängt bereits im Kindergarten an. Erzieher/innen müssen besser bezahlt werden und Kinder brauchen eine Umgebung, in der sie spielen und lernen können. So können sie einen festen Schritt ins Leben wa-

Krieg gegen Terror?

Westmächte doktern an Symptomen herum

„Berlin spendet Frankreich Milliarden für Sanierung der sozialen Brennpunkte rund um Paris“ oder „NATO droht Türkei mit Ausschluss. Grenzen sollen für Nachschub und Ölverkäufe des IS geschlossen werden“ sind Schlagzeilen, die wir so-

Auf die Plätze!

Bei den Kommunalwahlen erhofft sich die Marburger Linke einen Zuwachs ihrer Stadtverordnetensitze von vier auf mindestens sechs. Die attraktive 66-köpfige Wahlliste, die einstimmig aufgestellt wurde, wird dabei helfen. Fast bis zum letzten Platz wechseln sich Frauen und Männer ab.

An der Spitze kandidieren drei Stadtverordnete: Ex-OB-Kandidat Jan Schalauske, Tanja Bauder-Wöhr und Fraktionsvorsitzender Henning Köster. Es folgen das Ockershäuser Ortsbeiratsmitglied Renate Bastian, der Wehrdaer Roland Böhm und die Kreisvorsitzende der LINKEN Inge Sturm. Die Plätze 7 und 8 nehmen die Studierenden Jonathan Schwarz und Lise Kula ein. Der Kreisvorsitzende der LINKEN Sebastian Chwala kandidiert auf Platz 9 und Steffi Wittich auf 10.

gen. All diese Forderungen wurden auf ihre ökologische Verträglichkeit abgeklöpft.

In diesem sozial-ökologischen Gebäude, das die Marburger Linke mit ihrem Programm schaffen will, sollen alle Platz finden, auch diejenigen, die aus ihrem Heimatland fliehen mussten. *Renate Bastian*

bald nicht lesen werden. Auch Titel wie „Die EU untersagt Saudi-Arabien die Finanzierung islamistischer Zentren und Organisationen in Europa“ oder „Berlin stoppt Waffenlieferungen in den Nahen Osten“ sind utopisch. **Fortsetzung S. 6**

Kommentar

Die Türkei schafft das

Vor gut einem Jahr sorgte der baden-württembergische grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann über den Bundesrat dafür, dass die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten ausgeweitet wurde. Dann folgte der nächste Paukenschlag: Wiederum unter Mithilfe der Grünen wurde diese Liste nochmals erweitert und zwar um Albanien, Kosovo und Montenegro.

Das hatte Auswirkungen – nicht zuletzt auf die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Cappel. Für albanische Geflüchtete wurden bereits die ersten Abschiebebescheide ausgestellt. Besonders makaber ist, dass sie ausgerechnet von Vertrauenspersonen der Bewohner überbracht wurden, nämlich von Sozialpädagogen und Sozialarbeitern. Deren Aufgabe ist es eigentlich, Menschen, die vor Hunger und Krieg geflohen sind, ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Nun sollen sie Schutzsuchenden die rote Karte zeigen.

Das ist aber noch nicht das Ende der Fahnenstange. Es ist schon die Rede davon, dass es in Afghanistan sichere Orte gäbe, dass man Obergrenzen für die Aufnahme von Geflüchteten brauche. Mit der Türkei wird geschachert: Haltet ihr uns die Flüchtlinge vom Leib, gibt es Geld. Und die Aufnahme in die EU winkt. Da interessiert es nicht mehr, dass Ankara Kurden mordet, Redakteure einkerkert und die Grenze für den IS durchlässig hält. Wie schätzt die Bundesregierung die Türkei ein? Als sicheres Herkunftsland?

Tanja Bauder-Wöhr

Flanieren in der Elisabethstraße?

Durch Untätigkeit des Magistrats verbleibt Marburg in der verkehrspolitischen Sackgasse

Vorsicht Wahlkampfalarm! Vor den Kommunalwahlen 2011 haben SPD und Grüne die Verkehrsberuhigung der Elisabethstraße versprochen. Eine Bürgerbeteiligung wurde rege genutzt. Die überwiegende Mehrheit befürwortete eine Umweltstraße: Autoverkehr – nein, Busse, Fahrräder und Fußgänger/innen – ja. Dann meldeten sich einige Geschäftsleute – der Magistrat fiel um. Nun, kurz vor den Wahlen, winkt Bürgermeister Kahle wieder mit der Umweltstraße – frühestens 2017. Sollte nicht wieder die Autofahrerlobby trommeln.

Glaubt man in diesen Wochen CDU, FDP, MBL und der Lokalpresse, könnte man fürchten, die Welt gehe unter. Von Chaos, Kollaps und Existenzgefährdung ist da die Rede. Bürgerunmut wird fleißig geschürt. Der Anlass: der Verkehrsversuch mit Gegenverkehr in der Robert-Koch-Straße, der zu wenigen Stoßzeiten zähflüssigen PKW-Verkehr in der Bahnhofstraße zur Folge hat.

Warum soll ausgerechnet dort, wo sich viele Tausend Menschen zu Fuß bewegen, arbeiten, einkaufen, wohnen und schlafen, also in einem dicht besiedelten Innenstadtbereich, der Verkehr mit 50 km/h (und abends oft darüber) durch die Straße brettern dürfen –

ungeachtet der erheblichen Lärm- und Abgasemissionen?

Dabei bringt der Verkehrsversuch durchaus die eine oder andere Verbesserung für Fahrräder und Fußgänger – zusätzliche, breitere und z.T. rot markierte Fahrradstreifen schaffen mehr Sicherheit. Von der Firmanei- zur Uferstraße gibt es endlich einen ampelgesicherten Fußgängerüberweg. Aber für die E-Straße bringt er fast keine Entlastung. Täglich beherrschen tausende PKW weiterhin den Straßenraum unmittelbar vor der Elisabethkirche. Hier, im historischen Herzen der Stadt, müssen weitere Verbesserungen folgen: Tempo 30 sowie die Einrichtung einer Fahrradspur in Gegenrichtung wären erste Schritte.

Und was spricht eigentlich gegen eine Elisabethstraße als Flanier- und Aufenthaltsmeile? Mit Straßencafés, Schaufenstern, vor denen man verweilt, statt vor unerträglichem Lärm zu flüchten? Mit einem ungetrübten Blick auf die Elisabethkirche – nicht nur für Touristen? Mit Fahrradverkehr und Fußgängern, die nicht mehr um ihre Gesundheit fürchten müssen? Mit Anwohnern, die wieder die Fenster öffnen können? Abgesichert durch markante bauliche Veränderungen im Straßenraum?

Dem Magistrat aber fehlt es an Vision und Tatkraft. Das Wort Verkehrswende traut man sich gar nicht auszusprechen. Auch vor der Einrichtung der weitgehend verkehrsberuhigten Oberstadt Anfang der 70er Jahre gab es erheblichen Widerstand von Geschäftsleuten. Darüber hat sich der damalige OB Dr. Hanno Drechsler im Interesse der Stadtentwicklung hinweggesetzt. Einen Weg zurück fordert dort heute niemand mehr.

Unsere schöne Stadt hätte es verdient, endlich aus der verkehrspolitischen Sackgasse herauszukommen – und zwar durch einen Befreiungsschlag, wie ihn sich andere Städte auch getraut haben. Eine weitgehend verkehrsberuhigte In-

nenstadt, mit Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit, begleitet von geschwindigkeitshemmenden Umbauten im Straßenkörper, attraktive Fahrradwege, ein qualitativ verbesserter ÖPNV mit weiteren Schritten zum Nulltarif, die Prüfung einer Regiotram oder Straßenbahn – das würde die Wohn- und Lebensqualität und auch die Einkaufsattraktivität Marburgs wesentlich steigern.

Henning Köster



Foto: Adolf Braun

Verschwiegene Stadtwerke

Im Mai und Juni fielen in den Marburger Bussen Plakate auf, auf denen ein Mann mit einer großen unsichtbaren Kugel zu spielen schien. Es war ein SPD-Plakat zur Oberbürgermeisterwahl.

Niemand kann sich erinnern, dass es schon mal Wahlwerbung in und an den Bussen der Stadtwerke gegeben hat. Warum? Weil bei den Stadtwerken bis vor kurzem offensichtlich die Regel galt, dass Parteienwerbung nicht gestattet ist. Im Mai 2013 hatte eine telefonische

Anfrage der LINKEN bei den Stadtwerken ergeben, dass Wahlwerbung nicht möglich sei.

Anscheinend wurde diese Regel so klammheimlich geändert, dass noch nicht einmal die Mitglieder der CDU und der Grünen im Aufsichtsrat – die Marburger Linke ist dort nicht vertreten – etwas davon mitbekommen haben. Niemand wurde informiert und die SPD reservierte sich für den Kandidaten Spies alle Plakatierungsmöglichkeiten bis zur OB-Wahl. Nico Biver

Links wirkt

Im OB-Wahlkampf warb der Linkenkandidat Jan Schalauske bei einer Podiumsdiskussion mit Wirtschaftsvertreter/innen für einen kostenlosen Busverkehr und schlug vor, ihn an den Adventssamstagen auszuprobieren. Prompt wurde dieses Ansinnen von Rot-Grün im Nachtragshaushalt '15 berücksichtigt.

Etwas länger brauchte eine andere Forderung der Linken bis zur Umsetzung. Im Nachtragshaushalt ist Geld zur Schaffung einer Stelle für den Ausländerbeirat vorgesehen. Dies hatte die Marburger Linke schon 1997 verlangt.

Der Oberhessischen Presse konnte man zudem entnehmen, dass bei den Beratungen der SPD über ein Kommunalwahlprogramm Vorschläge der Linken wie der kostenlose ÖPNV oder die Idee einer Tram auf die Lahnberge, Thema seien.

Der Vorschlag der Linkenfraktion, die Stadtpassinhaber/innen und Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen nicht nur an Adventssamstagen und bei „Drei Tage Marburg“, sondern an allen Tagen umsonst Bus fahren zu lassen, wurde nicht von Erfolg gekrönt. Angesichts der Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer kann es jedenfalls nicht am Geld liegen, dass Rot-Grün nicht zugestimmt hat. NB

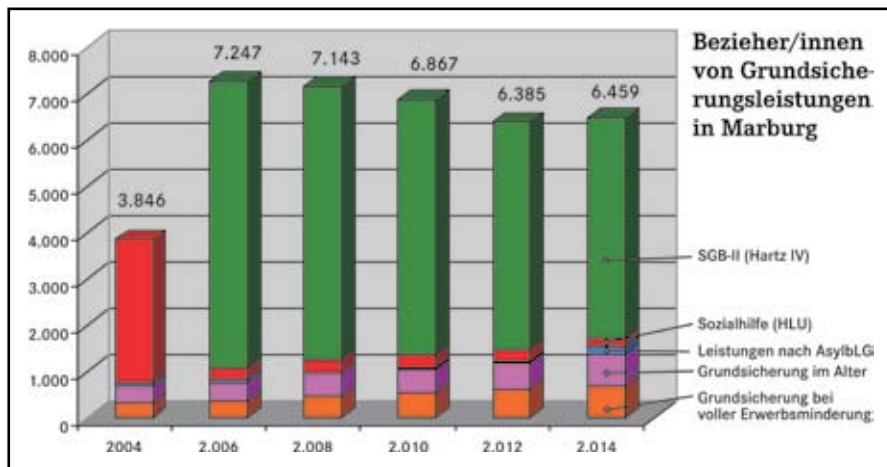


Foto: Nico Biver

▲ Zu Fuß oder auf dem Rad, die Elisabethstraße ist eine Qual

Jedes vierte Kind lebt in Armut

Marburger Linke wertete Statistiken und Informationen des Magistrats aus



▲ Der Anstieg der Armutszahlen 2006 liegt an der Einführung von Hartz-IV, der Zusammenlegung mit der Sozialhilfe und der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe

Trotz Beschäftigungsbooms verharrt die Armut in Marburg auf hohem Niveau. Zu diesem Ergebnis kommt die Marburger Linke nach Auswertung der Antworten des Magistrats auf ihre „Große Anfrage“ zum Thema „Armut in Marburg“.

Bei genauerem Hinsehen ist Marburg nicht die Insel der Glückseligen, als die sie der Magistrat bei Neuansprachen präsentiert.

Die Zahl der erwerbsfähigen Bezieher/innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II – im Volksmund Hartz IV genannt – ist von 2012 bis 2014 nur um 140 auf 3.399 gesunken. 2014 lebten insgesamt 4.734 Menschen von Hartz IV.

Andere Zahlen stiegen stetig an. 2014 bezogen 656 Personen Grundsicherung im Alter; 2006 waren es nur 402. Eine Ursache dafür ist, dass immer mehr Menschen so niedrige Renten haben, dass sie auf ergänzende Leistungen angewiesen sind.

Am schlechtesten stehen schließlich die Flüchtlinge da, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen. Ihre Zahl ist von 2012 bis 2014 von 39 auf 187 angestiegen. Sie erhalten Leistungen, die unter dem Hartz-IV-Niveau liegen.

Zählt man all diese Bedürftigen zusammen, kommt man auf 6.459 Personen oder 8,9 Prozent der Bevölkerung, die Bezieher der verschiedenen Grundsicherungsleistungen sind. Marburg liegt heute

etwas über dem hessischen Durchschnitt. 2013 betrug im Land die Quote 8,6 Prozent und bundesweit 9,1 Prozent.

Aber diese Zahlen geben nicht das ganze Ausmaß der Armut wieder. Viele Menschen werden nicht erfasst, weil sie mit Minijobs, Wohngeld oder Kinderzuschlag knapp über die Hartz-IV-Schwelle

Vermeidbare Konflikte

Mangelnde Kommunikation Flüchtlingscamp

Unzureichende Kommunikation führt im Cappeler Flüchtlingscamp zu unnötigen Problemen und erschwert die Situation aller Beteiligten zusätzlich. Wegen mangelnder Absprache mit den Behörden trauen sich Flüchtlinge häufig nicht, das Camp tagsüber zu verlassen: Sie müssen immer damit rechnen, abgeholt und zwecks Bearbeitung ihres Antrags nach Gießen gebracht zu werden.

Mangelnde Absprache gibt es auch bezüglich der Ankunft von neuen Flüchtlingen. Es kommt vor, dass plötzlich 300 hungrige Flüchtlinge dastehen – und niemand wurde vorab informiert. Dann gibt es nicht genug Essen für alle – Konflikte sind programmiert.

Mangelnde Absprache verursacht mitunter auch das umgekehrte Problem. Manchmal muss Essen weggeworfen werden, weil plötzlich drei-

le kommen. Andere beantragen aus Scham keine Sozialleistungen.

Wie viele das genau sind, ist unbekannt, weil Statistiken fehlen. Im Jahr 2014 haben aber 1.622 Kinder und Jugendliche zwischen 3 und 18 Jahren Leistungen aus dem sog. Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) bezogen. 18 Prozent der jeweiligen

Altersgruppen beanspruchen demnach Zuschüsse für Lernmaterialien, Lernförderung, Mittagsverpflegung und Ausflüge, weil sie aus Familien mit geringen Einkommen stammen.

Aber die Zahl der Anspruchsberechtigten ist höher. Nur für 2011 hatte das KreisJobCenter vollständige Zahlen geliefert. Danach gab

hundert Menschen weniger im Camp sind.

Weniger Papierkram und mehr Kommunikation – viel könnte allein auf dieser Ebene erreicht werden.

Elisabeth Kula

es 2.276 Anspruchsberechtigte in Marburg, das sind 25,3 Prozent der Altersgruppen. Das bedeutet, dass mehr als ein Viertel aller Marburger Kinder unterhalb und an der Armutsgrenze lebt.

Nico Biver

Leichte Sprache: Hessen hinten

Kommunalwahlen in Hessen sind ziemlich kompliziert: kumulieren, panaschieren, ein Briefwahlverfahren mit vielen formalen Fehlermöglichkeiten, dazu schwer verständliche Erläuterungen. Ein kleiner Fehler genügt und die Stimmen sind – unbeabsichtigt – verschenkt. Das gilt vor allem für Menschen mit Lernschwierigkeiten, mit geringen Deutschkenntnissen oder geringen Lesefähigkeiten (sog. funktionale Analphabeten).

Leichte Sprache, die komplizierte Zusammenhänge verständlich darstellt, hilft vielen Menschen und kann motivieren, zur Wahl zu gehen. Viele Bundesländer verschicken Wahlunterlagen bzw. Erläuterungen bereits in Leichter Sprache (z.B. Bremen, Baden-Württemberg).

Auf Antrag der Marburger Linken wollte Marburg das auch umsetzen, wurde aber von der schwarz-grünen Landesregierung ausgebremst, die rechtliche Bedenken hat und der Landeszentrale für politische Bildung sogar die Herausgabe einer entsprechenden Broschüre untersagte. Dumm nur, dass die HLZ bereits 2013 unter schwarz-gelb eine solche Broschüre zur Landtagswahl publiziert hat.

Roland Böhm



▲ Die neuen Holzhäuser im Cappeler Camp werden bald alle Flüchtlinge besser vor Kälte schützen können

Steuern statt Spenden

Marburger Linke lehnt Einmischung der Pohl-Söhne bei der Verwendung der Millionenspende des Vaters ab



▲ Jan Schalauske, Stadtverordneter der Marburger Linken

Wie glänzten damals die Bäckchen von OB Egon Vaupel und Bürgermeister Franz Kahle. Prof. Dr. Dr. hc. mult. Reinfried Pohl spendete üppig für Marburg. Das war 2011/2012.

Um 4 Millionen Euro einzuheimen, wurde die kommunale Unabhängigkeit ausgehebelt. Da die Spende nicht, wie von Pohl gewünscht, direkt für den Bau eines Aufzugs zum Schloss genutzt werden konnte, entschied die Stadtverordnetenversammlung, eine geänderte Verwendung des Geldes nur im Rahmen des Spenderwillens vorzunehmen. Versteht sich, dass die Marburger Linke das anders sah und das Stadtparlament autonom entscheiden lassen wollte.

Nun wird die damalige Mehrheit von dieser Entscheidung eingeholt. Denn nach Pohls Tod sehen die Erben alles etwas anders. Sie nutzen diese Situation und setzen die demokratisch gewählte Stadtregierung unter Druck, ja – führen deren Repräsentanten vor.

Nach fester Überzeugung der Marburger Linken gibt es keinen Grund, den Besitzern eines Konzerns der Versicherungsbranche, der als „Drückerkolonnie“ bezeichnet wird, besonders unterwürfig zu begebenen.

Sozial und ökologisch bauen

Sozialer Wohnungsbau ist in Marburg dringend notwendig. Allein auf dem Vitos-Gelände an der Capper Straße sollen zeitnah 100 Wohneinheiten entstehen. Mit den bereits im Bau befindlichen und den geplanten Gebäuden würden am unteren Richtsberg insgesamt etwa 290 neue Wohnungen hinzukommen.



Foto: Adolf Braun

Damals nicht und heute auch nicht. Vielmehr sollte man solche profitablen Konzerne angemessen besteuern, damit wenigstens ein Teil der Gewinne der Allgemeinheit zu Gute kommt.

Die Pohl-Familie hat durch die Gründung einer Niederlassung der Deutschen Vermögensberatung (DVAG) in Marburg von 1995 bis 2012 über 20 Millionen Euro gespart – durch den im Vergleich zum Frankfurter Hauptsitz niedrigeren Steuersatz in Marburg. Diese Summe entspricht dem Fünffachen der Spende. Die Pohl-Familie liegt, dank Steuergeschenke für die Superreichen, mit einem Vermögen von 2 Mrd. Euro auf dem 72-ten Platz der reichsten Deutschen.

Wie geht es nun aber weiter mit der Spende? Das Geld war längst anders verbucht worden: für gemeinnützige Zwecke in den Bereichen Schule, Soziales und Altenhilfe. Nun haben sich die Pohl-Erben mit dem scheidenden Oberbürgermeister Vaupel auf eine andere Verwendung für soziale Zwecke geeinigt. Der Beschluss soll in der Stadtverordnetenversammlung gefasst werden. Die Marburger Linke wird erneut die Demut vor superreichen Wohltätern in Frage stellen und eine gerechtere Besteuerung des großen Geldes einfordern.

Jan Schalauske

Ortsbeiratsmitglied Bernd Hannemann setzt sich dafür ein, dass den Menschen in diesem Wohnquartier ein wohnliches Ambiente angeboten wird. Sozial verträglich sollen nicht nur die Mieten gestaltet werden, sondern auch das gesamte Wohnumfeld. Dazu gehört unter anderem, dass die soziale Infrastruktur den zukünftigen Ansprüchen angepasst werden muss. Auch die Qualität der Neubauten sollte sich nicht am ästhetischen Muster der sechziger und siebziger Jahre, sondern an modernen Maßstäben von Lärmschutz und Wärmedämmung orientieren. Im Wohnviertel in Cappel in der Raiffeisenstraße 12-22 wurde ansprechender Wohnraum in naturnaher Umgebung realisiert. Sozialer Wohnungsbau in intakter Natur ist möglich.

Bernd Hannemann

Termine

► Jahresendfeier und Weihnachtsfest der LINKEN

Mit Balkan-Jazz, Schrottwichteln
Sa., 19. Dez., 19.00 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofstraße 6, Marburg

► Neujahrmpfang der LINKEN

Matinée mit Janine Wissler (Mdl) und Wolfgang Gehrcke (MdB)
So., 31. Jan., 11.00 Uhr, Marburg
Ort wird noch bekannt gegeben

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

► Mitgliederversammlung der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

► Marburger Linke erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. Kreis AG, mittwochs, 15.00 Uhr

► Studierendenverband SDS.die linke, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de

► Stammtisch des LINKEN-Stadtverbandes Marburg
1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr, Gaststätte Schamdan, Weidenhäuser Str. 72, Marburg

► Jugendverband [solid*]
mittwochs, 20.00 Uhr, Jugendhaus Compass, Deutschausstr. 29 a, Marburg

Ich will:

Infos über Treffen und Veranstaltungen

Mitglied werden

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

DIE LINKE, Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 11.12.2015

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Kann man ein Minimum kürzen?

LINKE-Fraktion beantragte Aussetzung der Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger

Im Mai dieses Jahres entschied das Sozialgericht Gotha, dass Leistungen von Hartz-IV-Empfänger/innen nicht ohne Weiteres gekürzt werden können, etwa wenn sie nicht zum verabredeten Termin erscheinen oder einen Job nicht annehmen. Solche Sanktionen seien verfassungswidrig, weil nicht mit der Unantastbarkeit der Menschenwürde vereinbar. Das Sozialgericht wandte sich deswegen an das Bundesverfassungsgericht.

Die Landrätin des Altenburger Landes (Thüringen) Michaela Sojka forderte daraufhin das Jobcenter in ihrem Landkreis auf, keine Sank-

tionen gegenüber ALG-II-Empfänger/innen mehr zuzulassen.

DIE LINKE im Kreistag brachte in der Oktobersitzung einen Antrag auf Aussetzung der Sanktionen ein, zumindest bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Hinweis: „Ein Existenzminimum dürfte nicht mehr kürzbar sein – sonst bedeute das einen Entzug des Rechts auf Existenz.“ Wenn – wie im Fall in Gotha – einem Hartz-IV-Empfänger 30 oder gar 60 Prozent der Leistungen gekürzt werden: Wovon soll der Betroffene leben? Das ist mit der Fürsorgepflicht des Staates nicht vereinbar.

LINKE wählte Kreistagsliste

Soziale Gerechtigkeit und ökologischer Umbau im Fokus

Bei ihrer Mitgliederversammlung Ende November hat die LINKE Marburg-Biedenkopf die Liste der Kandidat/innen für die Kreistagswahl im nächsten Frühjahr aufgestellt. Auf dem ersten der 83 Plätze steht Anna Hofmann, die die LINKE bereits seit zwölf Jahren im Kreistag vertritt.

Der Versammlung lag ein Wahlprogramm im Entwurf vor. Mitglieder und Interessierte sollten Gelegenheit zu Anregungen und Ergänzungen bekommen. Im Dezember wurde das Programm beschlossen.

Folgende Schwerpunkte setzt sich die LINKE: Ganz oben steht der Bereich Soziales. Dazu gehört, dass man sich um Geringverdiener/

innen, Mindestlohn und die Integration von Migrant/innen kümmert. Unter dem Stichwort „Ländliches Leben“ wird gefragt nach der medizinischen Versorgung oder der Verkehrsanbindung, nach der Lebenssituation älterer Menschen. Nächster Punkt ist die ökologische Wende. Dazu gehört die Versorgung mit erneuerbaren Energien, die Stärkung bäuerlicher Landwirtschaft jenseits von Gentechnik und regionale Produktvermarktung. Das alles ist nicht erreichbar ohne stärkere Bürgerbeteiligung.

Unter www.die-linke-marburg.de werden Programm und Kandidat/innenliste veröffentlicht werden.

Ingeborg Cernaj



▲ Spitzensextett der LINKEN für den Kreistag: Ingeborg Cernaj (Platz 3), Christel Gabrian-Zimmermann (5), Christian Bubel (6), Anna Hofmann (1), Bernd Hannemann (4) und Martin Krieger (2)

Das sahen Abgeordnete der anderen Fraktionen im Kreistag Marburg-Biedenkopf völlig anders. Der Linkspartei wurde Anleitung zum Rechtsbruch nachgesagt. Ein SPD-Abgeordneter verstieg sich zur Fra-

ge: „Haben Sie denn schon in Marburg verhungerte Hartz-IV-Empfänger gesehen?“ Selbst der Theologe und Erste Kreisbeigeordneter Marian Zachow, CDU, sah in den üblichen Sanktionspraktiken nichts Negatives: Es heiße Fordern und Fördern.

Steht es so um die Sozialstaatlichkeit, dass ein Minimum kürzbar ist?

Ingeborg Cernaj



▲ Das KreisJobCenter in Cappel verhängt weiterhin Sanktionen

Ausländerbeirat unerwünscht?

Kurz nach Bildung der Großen Koalition im Kreistag unter Landrätin Kerstin Fründt wurde der Kreisausschuss beauftragt, Konzepte für die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten zu erarbeiten. So weit, so gut.

Knapp anderthalb Jahre später – bei der Kreistagssitzung im Oktober – präsentierte die Stabstelle „Büro für Integration“ nun eine Beschlussvorlage für die Interessenvertretung von Migrant/innen. Kernelemente des Vorschlags sind: eine Kommission „Gestaltung der Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft“, ein „Migrantenforum“ und „Flüchtlingssprecher für größere Gemeinschaftsunterkünfte“.

Interessante Ideen – keine Frage. Doch warum nicht einen Ausländerbeirat gemäß Hessischer Landkreisordnung einrichten – analog zum Kreis-Seniorenrat – und mit Rederecht im Plenum des Kreistages und entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatten?

Die Fraktion DIE LINKE brachte einen entsprechenden Änderungsantrag ein – doch der wurde in geübter Manier vom Tisch gefegt. Kein Ausländerbeirat. Keine öffent-

liche Diskussion über die Aufgaben der Kommission oder des Migrantenforums.

Begründung? An Ausländerbeiräten bestehe kein Interesse seitens der Migrant/innen. So hätten sich zuletzt in Dautphetal und in Stadtallendorf keine Kandidat/innen für den Ausländerbeirat gefunden. Ein nicht stichhaltiges Argument, denn zur Ausländerbeiratswahl Ende November traten in beiden Gemeinden wieder Listen an.

Dass die Ausländerbeiräte nach bisherigem Muster weder über Rede- oder Vorschlagsrecht im Kreistag, noch über finanzielle Mittel verfügten, ließ die Koalition nicht als plausiblen Grund für das „Desinteresse“ in den genannten Gemeinden gelten.

Was ist nun von den vorgeschlagenen Instrumenten zur Beteiligung von Migrant/innen zu erwarten? Ohne konkrete Inhalte, ohne Geld und ohne Rederecht werden sie ebenso erfolglos bleiben wie die Ausländerbeiräte. „Große Klappe, wenig Inhalt“ – das ist alles, was einem zu solchen Plänen der Koalition im Landratsamt einfällt.

Ingeborg Cernaj

Das Letzte

Wie privat sind die Stadtwerke?

Dass öffentliche Unternehmen einem öffentlichen Arbeitgeberverband angehören, erscheint logisch – nicht so in Marburg. Die mit dem Busverkehr betraute Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG) ist Mitglied im privaten Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer (LHO) und nicht im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV). So kann sie Lohnkosten sparen.

Die Stadtwerke wurden Ende der 1990-er Jahre von SPD, CDU und Grünen in eine private Rechtsform, eine GmbH im Besitz der Stadt, umgewandelt. Bereiche wurden ausgegliedert, um niedrige Tarife anwenden zu können. Darunter war auch die Bussparte, aus der die MVG entstand. Die Beschäftigten mussten viele Jahre zu Stundenlöhnen unter zehn Euro schufteten. Mit Streiks gelang es ihnen, eine Bezahlung oberhalb der Armutsgrenze zu erkämpfen. Die MVG wendet den Tarifvertrag des LHO an. Dieser stellt die Beschäftigten überwiegend schlechter als der Tarifvertrag für den Nahverkehr (TVN) des KAV. Beim TVN erhöht sich der Lohn mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit. Die Marburger Linke hält die LHO-Mitgliedschaft für widersinnig, da die MVG sich als Tochter der Stadtwerke zu 100 Prozent in öffentlicher Hand befindet.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnte einen Vorstoß der Linken, den Arbeitgeberverband zu wechseln, ab. Die Vertreter von SPD und CDU malten das Gespenst einer Existenzgefährdung der MVG an die Wand. Die Marburger Linke hält dies für vorgeschoben, zumal andere öffentliche Verkehrsbetriebe ebenfalls im KAV organisiert sind.

Die MVG-Beschäftigten, die die Mobilität vieler Marburger/innen sicher stellen, verdienen es, dass ihre Arbeit durch die Anwendung des TVN anerkannt wird.

Jan Schalauske

Fortsetzung von S. 1

Krieg gegen Terror?

Westmächte doktern an Symptomen herum

Stattdessen wird an den Symptomen des islamistischen Terrorismus herumgedoktert: mehr Polizei, mehr Militäreinsätze und weniger demokratische Rechte. Das Entsetzen der Menschen über den wahllosen Massenmord in Paris und die Wut über die Täter wird genutzt, um die Dosis des falschen Rezeptes weiter zu erhöhen. Und mit einer Politik der starken Hand wird nicht den Rechtspopulist/innen das Wasser abgegraben, sondern im Gegenteil – wie nicht nur Frankreich zeigt – ihre Politik legitimiert.

Die Attentäter stammen nicht aus Syrien, sondern aus den Vorstädten von Paris und Brüssel. Von dort aus ziehen sie nach Syrien, Irak oder Afghanistan in den Krieg. Sie sind das Ergebnis einer verfehlten Integrationspolitik, von Hoffnungslosigkeit und Diskriminierung und einer Kriegspolitik in der Region, die einzig den strategischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens dient. Auf diesem fruchtbaren Bo-

den säen Prediger und Organisationen, die weltweit unter dem Mantel der Religionsfreiheit von Saudi-Arabien finanziert werden, den Samen des bewaffneten Islamismus. In diesem Land, in dem der Traum des IS vom Gottesstaat bereits verwirklicht ist, gibt es zahlreiche Millionen, die islamistische Terrororganisationen finanzieren.

Dass Krieg das Problem eher verschärft, machen die meisten bisherigen Erfahrungen deutlich. Groß wurde der bewaffnete Islamismus im Afghanistankonflikt, als die USA und Saudi-Arabien Milliarden Dollar ausgaben, um islamistische Krie-

ger gegen die sowjetischen Truppen ins Feld zu schicken. Es folgte der Überfall der „Koalition der Willigen“ auf den Irak, der zur Gründung des Islamischen Staates (IS) führte. Ähnlich „erfolgreich“ war die Bombardierung Libyens und schließlich die Unterstützung bewaffneter Kräfte gegen das Assad-Regime, die vor allem zur Stärkung des Islamismus führte.

Wie soll in Syrien mit mehr Eurofightern und Tornados gelingen, was in Afghanistan nicht gelang? Wären andere Maßnahmen nicht viel naheliegender, z.B. die Grenze der Türkei für die Kämpfer, den Nachschub und den Ölverkauf des IS zu schließen. Oder die syrischen Kurden, die den IS am wirksamsten bekämpfen, endlich zu unterstützen und das türkische Embargo gegen sie zu beenden.

Mit einer Politik anzufangen, die das Gefälle zwischen Arm und Reich nicht weiter erhöhen, sondern den sozial Ausgegrenzten – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – eine Chance auf ein gutes Leben bieten würde, könnte hilfreich sein.

Aber bevor das geschieht, werden die Schlagzeilen weiter lauten: „Selbstmordanschlag forderte viele Tote“ und „Bundesregierung beschließt Kampfeinsatz der Bundeswehr.“

Nico Biver



Foto: Uwe Hilsch

LINKE mit neuer Spitze



Foto: Adolf Braun

▲ Bei ihrem jährlichen Kreisparteitag hat DIE LINKE Marburg-Biedenkopf am 18. Oktober eine Bilanz des vergangenen Jahres gezogen und einen neuen Vorstand gewählt. Zu neuen Vorsitzenden wurden Inge Sturm und Sebastian Chwala (Bildmitte) gewählt. Als Schatzmeister wurde Dieter Klosowski (l.) wiedergewählt. Beisitzer/innen sind Björn Dering, Christian Bubel, Urs Köllhofer (hinten) und Birgit Schäfer-Biver (r.) sowie Christel Gabrian-Zimmermann, Andrea Sollwedel und Reinhard Heck, die nicht auf dem Bild sind.

Kommunalwahlen 2016

Spenden hilft!

Vor Weihnachten betteln alle um Spenden und hoffen auf eine bessere Geberlaune. Wir nicht. Wir hoffen, dass unsere Freund/innen daran denken, dass sie eine Spende vor dem 31.12. noch bei der Steuererklärung für 2015 angeben können. Bis zu einer Spendensumme von 1.650 Euro (3.300 bei Verheirateten) wird die Hälfte von Schäuble erstattet.

Wir brauchen außerdem dringend eine Finanzspritze. Im März 2016 stehen Kommunalwahlen an.

Spendenkonto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf, IBAN: DE27 5139 0000 0017 6239 07 Volksbank Mittelhessen (BIC: VBMHDE5FXXX)